

Zeitschriften-Spiegel

Futurum

Die an dieser Stelle bereits gewürdigte Zeitschrift *Futurum*, herausgegeben von *Ossip K. Flechtheim*, erscheint jetzt im Hanser Verlag häufiger und billiger. Ihrem eigenen Anspruch, nämlich „dort Öffentlichkeit herzustellen, wo bisher Zukunft zu oft nur unter privatwirtschaftlichen Interessen geplant wurde“, genügt diese Zeitschrift von Ausgabe zu Ausgabe mehr. Band 3, Heft 2/1970 enthält keinen Artikel, den es nicht lohnte, aufmerksam zu lesen.

Hervorzuheben sind kritische Überlegungen von *Sebastian Herkommer* zur *Rationalisierung und Mechanisierung* in der industriellen und öffentlichen Verwaltung. Er weist nach, daß selbst von den Gewerkschaften bisher keine überzeugende „Alternative zum Sachzwang“ angeboten worden ist. „Sachzwänge“ bedeuten im Zusammenhang mit Rationalisierung und Mechanisierung: „Freisetzung mit der latenten Gefahr von Arbeitslosigkeit, Verschiebung und Steigerung der Leistungsanforderungen durch Aufgabenzusammenlegung und Aufgabenstraffung, Funktions- und Statuseinbußen durch Umsetzungen und die tendenzielle Polarisierung in wissenschaftliche höhere Positionen und quasi-proletarisierte untere Angestelltenkategorien.“

Volker Ronge und *Günter Schmiege* untersuchen die bisherige *Planungstheorie* und begründen ausführlich, warum sie bereits „auf der ersten analytischen Stufe versagt hat“. Systemtheoretische Planungsmodelle seien herrschaftsblind, da sie von den Motivationen und Interessen staatlicher Planung abstrahierten, während andererseits marxistische und kritische Gesellschaftstheorien auf zu naiven Basisannahmen beruhten. Empfohlen wird daher als Ansatz zu einer Forschungsstrategie eine Mischtheorie, die „Planung als neue Dimension der politischen Funktion und damit über zweckrationales Handeln hinausgehend versteht...“ Der Zuordnung der Planung zu der sonst unveränderten politischen Funktion muß also die Norm der „Vergesellschaftung“ der Planung entgegengehalten werden, die sowohl Planung für die Gesellschaft (Gemeinwohl) wie Planung durch die Gesellschaft (Demokratie) meint. Die Antagonismen kapitalistischer Planung, letztlich die Konfrontation unternehmerischen Profitinteresses mit den „objektiven“ Interessen des Gesamtsystems, verweisen aber zugleich auf Ansätze zu einer Transformation des Systems. Eine Planungstheorie sollte mit der Analyse und Kritik des Bestehenden beginnen, ein gesellschaftliches Alternativmodell konstruieren und ein strategisches Konzept des Übergangs liefern, so die Autoren.

Konrad Schacht und *Wolfgang Streeck* vom Frankfurter Institut für Sozialforschung beschreiben den dialektischen Zusammenhang von *Technokratie und Emanzipation* in einer neuen und überzeugenden Weise. Ihre These ist, „daß die technokratische Herrschaft sich durch die Sicherung eines ständigen Zuwachses des privaten Konsums zugleich auf kurze Sicht stabilisiert und auf lange Sicht unterminiert“, da sie unmittelbare Not immer unwahrscheinlicher und demokratische Beteiligung immer möglicher werden läßt. Daraus folgt:

„Nicht die gezähmten und antizyklisch eingefangenen Krisen der Kapitalverwertung motivieren heute systemtranszendente Bewegungen dauerhaft — sondern allein die massenhafte Entfaltung qualitativ neuer Bedürfnisse, deren Befriedigung nur bei Demokratisierung des politischen Systems möglich ist. Langfristig wird in einem auf Jahrzehnte zu konzipierenden Prozeß der Demokratisierung das Privateigentum an Produktionsmitteln praktisch zur Debatte stehen, und nicht nur zur Debatte. Nicht als Schranke für planerische Rationalität allerdings, sondern als Hindernis der Demokratisierung als unerträgliches Relikt einer Gesellschaft mit Privilegierungen der Lebens- und Einflußchancen.“

Revision des Grundgesetzes

Die *Zeitschrift für Politik*, Nr. 2/1970, enthält einen Artikel des FAZ-Redakteurs *Friedrich Karl Fromme* zum Thema „Totalrevision“ des Grundgesetzes, der einen guten Überblick über die weitverzweigte Literatur gibt. Mit dem Sturz der Regierung *Erhard*, den Wahlerfolgen der NPD und den Studentendemonstrationen ist die bis dahin tabuisierte staatliche Grundnorm „entzaubert“ worden:

„Die Wunschvorstellung, das Grundgesetz möge all das verhindern, was die modifiziert rezipierte Weimarer Verfassung nicht verhindern konnte, geht aber ihrerseits von einem spezifisch deutschen, von einem überzogenen Verfassungsverständnis aus . . . Jede Verfassung ist auf Dauer angelegt und kann, so wie sie ist, nicht dauern.“

Fromme meint, daß die Verfassung zwar neuen Gegebenheiten angepaßt werden müsse (sie sei Anregung und Schranke zugleich), daß man sie aber nicht total subjektiven Wertvorstellungen unterordnen dürfe. Linken Kritikern (*Thilo Ramm*, *Helmut Ridder*, *Helmut Lindemann*) sei das bestehende Verfassungsrecht „ein hybrider Anspruch der blassen Theorie, die pralle Lebendigkeit der politischen Wirklichkeit reglementieren zu wollen“. Sie forderten eine totale Dynamik, schreibt Fromme, eine permanente, informelle Verfassungsänderung, deren Träger das jeweils dominierende momentane Verfassungsverständnis sein soll. Kritikern von rechts (*Adolf Arndt*, *Thieme*, *Dichgans*) ist die Wirklichkeit

ein brutales und eigentlich unrechtmäßiges Aufbäumen gegen die edlen Gebote des Normativen.

Konkret stellt Fromme diese Meinungsunterschiede an der Diskussion um den Föderalismus, das konstruktive Mißtrauensvotum, die Rolle der Bundesversammlung, die Wahlrechtsreform und um den Verfassungsschutz (Parteienverbot, Dritte Gewalt) dar. Und er fragt sich schließlich, ob „die politischen Apparaturen des Grundgesetzes, seine Kontrollvorrichtungen und selbst sein Grundrechtsteil dem Übergang vom liberalen Staat zur in einem Staat verfaßten konsequent egalitären Gesellschaft unter neuen Bedingungen angemessen“ (sind), oder ob sie dem angepaßt werden müssen. Wichtige Entscheidungen würden von mächtigen gesellschaftlichen Gruppen gefällt, während das Parlament bekloffen akklamiert und dem „elektronisch gesteuerten Sozialstaat“ erlaubt, sich unkontrolliert zu entfalten.

Hinweise

Die katholische Zeitschrift *Die Neue Ordnung*, Nr. 5/1970, übernimmt die von *Oswald von Nell-Breuning* vertretene Ansicht, daß der Sozial-Katholizismus eines sanften Todes entschlafen sei, da es ihm nicht gelang, breite Massen der Bevölkerung und die politische Vertretung des Volkes zu inspirieren; er versuche jetzt durch „eine Dynamisierung der Liebe im Hier und Heute“ die Krise zu überwinden.

Dokumente, Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit, Nr. 4/1970, dokumentiert und kommentiert sachkundig-kritisch die Praxis und Theorie der „Kirche im Untergrund“. Es wird berichtet über den kollektiven Untergrund in Holland, den Pseudoundergrund in den USA, den kommunitären Untergrund in Frankreich, über eine Erklärung des Aktionskreises Halle, über negative Theologie, Mitbestimmung und das Ende der Volkskirche.

Das renommierte *British Journal of Industrial Relations*, Publikationsorgan der London School of Economics, Nr. 3/1970, unterzieht die Theorien der industriellen Beziehungen vom Marxschen Modell bis zu den Vorstellungen der Gewerkschaften einer kritischen Beurteilung. Die Zeitschrift empfiehlt als am ehesten brauchbar ein aus der Systemanalyse gewonnenes Modell der Beziehungen in der Arbeitswelt.

In deutscher Sprache erscheint neuerdings die Zeitschrift *Außenhandel*, herausgegeben vom Ministerium für Außenhandel der UdSSR, die nicht nur über die sowjetische Wirtschaft, sondern auch über die Weltwirtschaft aus sowjetischer Sicht informiert.

Interessant nicht nur für Fachleute ist die Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, *Die Weltwirtschaft*, in deren Nr. 1, 1970, umfangreich statistisch belegt wird, daß der größte Teil selbst der öffentlichen Entwicklungshilfe (Privatinvestitionen und Kapitaltransfer sind strenggenommen keine Hilfe) „bilateral nach Kriterien vergeben (wird), bei denen die politischen und volkswirtschaftlichen Interessen der einzelnen Geberländer überwiegen“.

Neu in deutscher Sprache ist die Zeitschrift *Finanzierung und Entwicklung*, herausgegeben vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank, Washington.

Die *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 10/1970, bringen mehrere lezenswerte Beiträge. Besonders aktuell der Hintergrundbericht über die Lage und Perspektiven Chiles nach dem Wahlsieg *Allendes*, der gegenüber der Fülle vorurteilsgeladener Zeitungsartikel wohlthuend emotionslos informiert.

Claudia Pinl faßt in derselben Nummer die Diskussion um die Pressereform in der BRD zusammen und kommentiert sie folgendermaßen: „Die Realisierung von Alternativen ist nur dann möglich, wenn der Widerstand in den Institutionen der Massenmedien zusammentrifft mit einer entsprechenden außerinstitutionellen Opposition, die sich nicht auf die journalistischen Berufsverbände beschränkt, sondern in bezug auf das Problem ‚innere Pressefreiheit‘ eine kritische Öffentlichkeit schafft, ähnlich derjenigen, die im Verlauf der Springer-Kampagne entstand.“

Weiterhin bringen die *Blätter* einen kämpferischen Artikel zum Problem des klassenlosen Krankenhauses von *Michael Regus* und eine Analyse der Parteienfinanzierung am Beispiel der SPD von *Kurt Schacht*.

Barbara Skriver